

**Wahl zur Bezirksversammlung
am 25. Mai 2014**



Bezirks- programm Altona

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA



**Die Kandidaten für die Wahl zur Bezirksversammlung am 25. Mai 2014 (v.l.n.r.):
Horst Schneider, Blanca Merz, Wolfgang Ziegert, Robert Jarowoy, Inge Hannemann,
Karsten Strasser, Aysel Özkan und Hasan Burgucuoglu**



Stadtentwicklung Wohnungsbau Spekulation

Abschaffung der Bezirke

Island hat so viele Einwohner wie Wandsbek, Altona so viele wie Kiel, die Rechte der Bezirke Altona und Wandsbek sind aber geringer als die der schleswig-holsteinischen Gemeinden Schenefeld, Wedel oder Glinde.

Altona feiert in diesem Jahr seine vor 350 Jahren verliehenen Stadtrechte, hat dafür aber gerade mal einen Etat von 50.000 Euro vom Hamburger Senat zugewilligt bekommen (gegenüber z.B. 789 Millionen für die Elbphilharmonie). Gleichzeitig verlangt der Hamburger Senat vom Bezirksamt Altona, ca. 12% seiner Stellen abzubauen. Das sind mehr als 100 Arbeitsplätze, mehr als hundert Menschen, die Ihnen künftig als Dienstleister nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das betrifft Sie, die Altonaerinnen und Altonaer, als AntragstellerInnen bei der Ausstellung von Geburts-, Eheschließungs- oder Sterbeurkunden, bei der Bearbeitung von Leistungsansprüchen wie Wohngeld, Hartz-IV, Kita-Plätzen, Betreuung, bei der Pflege von Grünanlagen und Straßen und Radwegen und, falls Sie gerade investieren wollen, sogar bei der Ausstellung von Baugenehmigungen. Stellen Sie sich vor, IKEA hätte nicht rechtzeitig bearbeitet werden können wegen Personalmangels im Altonaer Bauamt. Die Baustelle würde womöglich erst nach ihrer feierlichen Eröffnung als Möbelhaus genehmigt werden können.

Allerdings ist der Senat bereits im Voraus mit seiner Behörde für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) eingesprungen und hat wie beim Abriss des Bismarckbades, bei der Abholzung des Buchenhofwaldes, bei der Zustimmung zum Verkauf der Altonaer Kleingärten zur Finanzierung des Autobahn-Deckels oder bei der Bebauung der sog. Neuen Mitte Altona auf dem ehemaligen Bahngelände die Verantwortung, Planung und Durchführung an sich gezogen. Auch den Verkauf eines großen Teils der Fußgängerzone am Goetheplatz an den Investor Bruhn realisierte der Hamburger Senat, weil Altona seit der Eingemeindung in Hamburg unter den Nazis keine Verfügungsgewalt mehr über seine Liegenschaften hat.

Bürgerbeteiligung

Da diese Senatsaktivitäten nicht immer und überall auf die ungeteilte Zustimmung der Bevölkerung vor Ort stießen, wurden für ein enormes Geld Bürgerbeteiligungsverfahren eingerichtet. Während überall Stellen eingespart werden, gab es hierfür plötzlich Freistellungen von MitarbeiterInnen in der BSU und sogar im personell ausblutenden Bezirksamt. Außerdem wurden sonst nirgendwo mehr verfügbare Gelder für die Anheuerung externer Moderations- und Mediationsbüros bereitgestellt, um diese Bürgerbeteiligung zu organisieren. Zunächst waren die Altonaerinnen und Altonaer davon sehr angetan und beteiligten sich mit großem Engagement an unzähligen Workshops, Anhörungen, Plandiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen, bis sie zunehmend erkannten, dass es nicht darum ging, ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Forderungen bei den Planungen zu berücksichtigen, sondern sie abzuspeisen. Dies führte zum Teil zu Resignation, zum Teil zu Wut.

Bodenspekulation

Viele fragten sich, was ihr Engagement denn überhaupt bewirken könne angesichts der doch letztlich ausschlaggebenden Investoreninteressen. Nun, der Investor, Kapitalist oder Spekulant – wie immer Sie ihn nennen mögen – kaufte, wie beim Bahngelände der Neuen Mitte Altona eine riesige Fläche für 80 Euro/Quadratmeter als Industriegebiet. Nach der von Politik und Verwaltung vorgenommenen planerischen Umwandlung in Bauland stieg der Wert auf 800 Euro/Quadratmeter. Das Areal verkaufte der ‚Investor‘ an eine Baugesellschaft zum somit verzehnfachten Preis. Die Baugesellschaft sieht sich angesichts des hohen Kaufpreises gezwungen, die Mieten entsprechend hoch anzusetzen (bei Neuvermietungen in Altona derzeit nicht unter 11,50 Euro/Quadratmeter).

Wohnungsbauprogramm, Drittelmix

Da tritt Olaf Scholz mit dem Drittelmix auf den Plan, mit dem er den Investoren ‚abtrotzt‘, dass sie ein Drittel der Wohnungen öffentlich gefördert für sozialen Wohnungsbau errichten müssten. Allerdings auf Kosten des Steuerzahlers und ohnehin nur befristet auf 15 Jahre.

Tatsächlich hatte die Freie und Hansestadt Hamburg aber z.B. bei der Neuen Mitte Altona ein Vorkaufsrecht und hätte das ganze Gelände für 80 Euro/Quadratmeter aufkaufen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA übergeben können, um mehr als 3000 Wohnungen einkommensschwachen Familien zu Mieten für 5,80 Euro anbieten zu können. Das ist nicht geschehen. Stattdessen hat man zugesehen, wie das Bahngelände, das einst der Bahn von der selbständigen Stadt Altona dieser zum Betrieb öffentlicher Personen- und Warenverkehre überlassen bzw. geschenkt wurde, an Spekulanten wie Aurelis oder das ECE zum Billigtarif veräußert wurde, die nun entsprechend damit verfahren.

Verkauf von Schulgeländen

Ähnliches geschieht zur Zeit mit Schulgeländen im Bezirk Altona. Die Seefahrtsschule an der Rainvilleterrasse, die Kurt-Tucholsky-Schule in Altona-Nord, die Carsten-Rehder-Schule an der Grenze zu St.Pauli, die Schule Röbbek in Flottbek sind schon verkauft worden oder sind im Begriff, verkauft zu werden. Weitere Schulgelände wie die Schule an der Struenseestraße in Altona Altstadt oder die Geschwister-Scholl-Schule in Osdorf sollen teilverkauft werden, und das, wo doch die wachsende Stadt mit Tausenden neuer Wohneinheiten einen zusätzlichen Bedarf an Schulen hat. Die Folge wird sein und es zeichnet sich jetzt bereits deutlich ab, dass öffentliche Grünflächen (wie beim Gymnasium Allee) oder Schulhöfe (wie in der Haubachstraßen-Grundschule) für die angeblich befristete Aufstellung von Unterrichts-Containern hinzugezogen werden.

Privatisierung öffentlichen Eigentums

Der Verkauf oder besser die Verschleuderung öffentlichen Eigentums und die damit verbundene Verknappung von kostengünstig bereitzustellenden Flächen für Kleingewerbe, Genossenschaften und Baugemeinschaften oder den städtischen Wohnungsbau, führt gleichzeitig zu einer Zunahme von leer stehenden Spekulationsobjekten. Krassestes Beispiel in Altona ist wohl das gigantische Postgelände hinter dem Kaltenkircher Platz. Dieses als Gemeinbedarfsfläche für Postzwecke planerisch ausgewiesene Gelände befindet sich seit der Privatisierung der Post in den 90er Jahren im Besitz der Post AG/DHL und steht seit mehr als 10 Jahren mit einer immensen Halle mit darüber liegendem Bürotrakt und einer entsprechenden Park- und Tiefgaragenfläche leer und harrt vermutlich der Spekulationserwartung der Post, weil dort nach einer möglichen Verlegung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofes nach Diebsteich dort lukrative Hotels erbaut werden könnten. Ähnliche große Leerstände befinden sich gegenüber der Trabrennbahn, wo man vor 15 Jahren am neu eingerichteten Albert-Einstein-Ring wegen der Nachbarschaft zum DESY große Rendite-Erwartungen hatte, die z.B. die Londoner Großbank Barclay's anzog. Dann kam aber die für das Kapital und andere zunächst viel attraktivere Hafencity, und Barclay's zog dorthin um. Seither steht der ganze Komplex leer.

Flüchtlingsunterbringung zur Durchsetzung anderer Interessen

Der Senat hätte diese Gebäude ohne weiteres beschlagnahmen, enteignen oder notfalls sogar kaufen können, doch stattdessen laufen die für Inneres und Soziales zuständigen SPD-Senatoren Neumann und Scheele oder ihre Staatsräte wiederholt in der Bezirksversammlung Altona auf und beschwören diese, doch bitte einzuwilligen, dass man den Durchreiseplatz der Roma- und Cinti-Union an der Schnackenburgallee zwischen Autobahn und Müllverbrennung auf

einem Teil des HSV-Parkplatzes für die Flüchtlingsunterbringung in der Erst- und Folgeaufnahme für immer weitere Kapazitäten zur Verfügung stellen möge. Hilfsweise soll nun auch noch das 2007 privatisierte Alten- und Pflegeheim Bahrenfeld unter völliger Missachtung der Lebenssituation seiner BewohnerInnen geräumt und zur Flüchtlingsunterbringung gemacht werden.

Altona für alle – sozial und solidarisch!

Solch eine Unterbringung von Flüchtlingen, die nicht zuletzt als Folge deutscher Waffenexporte und von NATO-Kriegseinsätzen in aller Welt zu uns geflüchtet sind, ist eine schlechte Lösung. Altona als stets offene Stadt für Repressions- oder Bürgerkriegsflüchtlinge, gleich aus welcher ethnischen, glaubensmäßigen oder wirtschaftlichen Gründen, hat die Menschen immer aufgenommen und ihnen integrativ gleichberechtigte Möglichkeiten zum Wohnen, Arbeiten und zur kulturellen und religiösen Entwicklung gegeben, und zwar nicht in abgesonderten Container-Lagern, sondern inmitten der Gesellschaft. So wie das mit den Einwanderern aus allerlei Ländern der Fall war, die hier ihre äußerst beliebten fremdländischen Restaurants und Imbisse eröffneten und hoffentlich weiterbetreiben können, gleichwohl auch sie existentiell bedroht sind durch den Vormarsch der internationalen Ketten, die die inhabergeführten Geschäfte und Gaststätten verdrängen.

In Altona hat man immer Platz gehabt und eingeräumt für alternative Lebensformen wie Bauwagenplätze, aber auch für KünstlerInnengemeinschaften, wie sie sich vielleicht in der Victoria-Kaserne realisieren lassen, oder für produzierendes Kleingewerbe, wie es sich auf dem ehemaligen Kolbenschmidt-Gelände an der Friedensallee, dem heutigen Kolbenhof, weiterentwickeln möge.



Lebensqualität gewinnen mit anderer Verkehrspolitik

Hamburg und der Bezirk Altona geben dem Autoverkehr großen Vorrang. Es existieren keine ernstzunehmenden städtischen Planungen und Konzepte für Wohnquartiere, in denen der Autoverkehr auf ein Minimum reduziert oder die Möglichkeit für andere Verkehrsmittel geschaffen wird. Straßen, Ampelschaltungen und Wohnquartiere werden auf die Nutzung des Autos zugeschnitten, meist zu Ungunsten von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und NutzerInnen von Bussen und Bahnen. Trotz steigender Fahrgastzahlen im HVV und trotz der steigenden Zahl der RadfahrerInnen nimmt der PKW-Verkehr nicht ab, sondern zu.

Verkehrslärm und Luftverschmutzung gefährden in einem erheblichen Maße die Gesundheit der AnwohnerInnen an den Ausfallstraßen Hamburgs. Mehr als 200.000 HamburgerInnen wohnen an besonders verkehrsreichen Hauptstraßen. Im Bezirk Altona sind die Max-Brauer-Allee und die Stresemannstraße die am meisten mit Stickstoffdioxid belasteten Straßen. Die von den Luftmessstationen festgehaltenen Werte überstiegen im Jahr 2013 den EU-weit gültigen Grenzwert von 40 Mikrogramm um gut 50%. In der Max-Brauer-Allee wurden 63 und in der Stresemannstraße 58 Mikrogramm Stickstoffdioxid gemessen. Schon diese Werte sind ein Plädoyer für den Ausbau des schienengebundenen Netzes.

Neben dem Autoverkehr sorgt auch der Schiffsverkehr, insbesondere die steigende Zahl der großen Kreuzfahrtschiffe, für die gesundheitsschädliche Luftverschmutzung. Große Kreuzfahrer weisen im Liegezustand den Energieverbrauch von großen Kleinstädten auf und verbrennen dabei schadstoffreiches Schweröl. Sie verursachen so ausgesprochen schlechte Luftwerte. Deshalb fordert DIE LINKE Altona für sie eine Landstromversorgung an allen Anlegestellen.

Das Radwegenetz befindet sich in einem beklagenswerten Zustand. Jahrelang wurde nur unzureichend in Sanierungen und Neubauten von Radwegen investiert. Nicht selten enden Radwege unvermutet an Absperrungen, auf Behindertenparkplätzen oder im Nichts. Markierungen von Radwegen

auf Straßen verblassen, werden selten erneuert und so zur Gefahr für Leib und Leben. Radwege werden im Gegensatz zu Straßen selten von Schnee und Eis geräumt, sind dann nicht nutzbar. Abbiegende Autofahrer übersehen an Kreuzungen und Überwegen viel zu oft RadfahrerInnen.

Ein einheitliches, sicheres und fortschrittliches Konzept für ein Radwegenetz, das auch mehr Menschen zu einem Umstieg bringen könnte, gibt es nicht. Dabei zeigen Städte wie Kopenhagen, Münster und Erlangen, wie es möglich ist. Busse einiger Linien sind in Berufsverkehrszeiten, an Wochenenden und bei besonderen Anlässen sehr voll, mitunter überfüllt. Fahrgäste können nicht einsteigen, weil die Kapazität der Busse ausgeschöpft ist. Eltern mit Kinderwagen und RollstuhlfahrerInnen bleiben oft genug vor der Tür. Ein Beispiel hierfür ist die Metrobuslinie 3 von Schenefeld nach Rothenburgsort. Zwischen den Haltestellen Bornkampsweg und Holstenstraße geht oft nichts mehr. Das hohe Fahrgastaufkommen, der daraus folgende steigende Zahlungsverkehr beim Einstieg und der dichte Verkehrsfluss auf der Straße sorgen in diesem Abschnitt für zum Teil erhebliche Verspätungen. Ein höherer Takt und eine eigene Busspur würden vorübergehend Abhilfe schaffen. Eine grundsätzliche Entlastung könnte nur über einen schienengebundenen Nahverkehr erfolgen, mit dem mehr Menschen nutzen können.

Das fordert DIE LINKE Altona:

- Der Autoverkehr muss mittelfristig zugunsten des ÖPNV weichen
- Der Osdorfer Born, Lurup und Bahrenfeld brauchen kurzfristig ein besseres Busangebot. Mehr Busse müssen in kürzeren Abständen die Anbindung dieser Stadtteile und Quartiere an die Innenstadt herstellen
- Bau und der Betrieb einer U-Bahn oder Stadtbahnstrecke von der Innenstadt über Bahrenfeld-Trabrennbahn nach Osdorf und Lurup, die den Busverkehr auf gleicher Strecke ersetzen sollen

- Elbtunnelröhre für eine schienengebundene Personen- und Containerbeförderung in die südlich der Elbe gelegenen Stadtteile
- Aufrechterhaltung und Ausbau der Regional- und Fernbahnhofes Altona an seinem jetzigen Standort
- Beschleunigung des Bauprogramms für einen barrierefreien Zugang an Haltestellen in Busse und Bahnen
- Bau eines barrierefreien Übergangs von der U- zur S-Bahn-Haltestelle Sternschanze
- Verlegung der Bahntrassenführung (Schienviadukt) zwischen den Bahnhöfen Altona und Holstenstraße sowie Diebsteich
- Bei der Umgestaltung des Fußgängertunnels und des Vorplatzes am Bahnhof Altona müssen barrierefreie Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden
- Schaffung eines attraktiven Netzes von Radverkehrsverbindungen, die Aufhebung der Benutzungspflicht von Gehradwegen und die generelle Realisierung von Radverkehrsverbindungen als Rad- und Schutzfahrstreifen auf Straßenniveau. Das Rad gehört auf die Straße!
- Sofortige Einrichtung von Schutzstreifen für den Radverkehr auf beiden Seiten der Elbchaussee
- Erprobung eines Modellversuchs zur generellen Aufhebung der Sperrzeiten für die Fahrradmitnahme in S-Bahnen auf den Strecken des Bezirks
- Tempo 30 als reguläre Höchstgeschwindigkeit in der Stadt. Nur für die Hauptverkehrsadern soll weiterhin Tempo 50 gelten
- Sofortige Realisierung von Tempo 30 für den Sülldorfer Kirchenweg
- Neue Wohngebiete wie zum Beispiel rund um die Hau- bachstraße, die Harkortstraße und auf dem Bahngelände sowie am Sülldorfer Kirchenweg sollen weitgehend oder ganz frei vom Autoverkehr sein. Sie müssen eine gute Anbindung durch den ÖPNV erhalten
- Ein Instandsetzungsprogramm für Gehwege



Verbraucher- und Gesundheitsschutz

Das Fachamt für Verbraucherschutz, Gewerbeaufsicht und Umwelt muss dringend personell verstärkt werden!

- In Kliniken, Altenheimen und Wohnunterkünften, Betrieben, Supermärkten und Restaurants müssen die hygienischen Verhältnisse durch mehr unangemeldete Kontrollen untersucht werden.
- Gesundheitsgefährdende Wohnungsmängel (Schimmel, giftige Baumaterialien, Ungeziefer, Asbest, Bodenbelastungen etc.) müssen durch unabhängige Sachverständige untersucht werden.
- Die Waren, die im Hafen ankommen, müssen einer stärkeren Einfuhrkontrolle auf schädliche Stoffe (z.B. Dioxin) unterzogen werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Waren aus dem pazifischen Raum zu richten, die durch die Reaktorkatastrophe in Fukushima radioaktiv belastet sein können.
- Wie durch den Brand des Frachtschiffes „Atlantic Cartier“ im Mai 2013 klar wurde, bei der es beinahe zur atomaren Katastrophe gekommen wäre, müssen mehr Löschboote bereitgestellt und ein Evakuierungsplan für den Notfall erarbeitet werden.
- Rund 180 Transporte mit spaltbarem Material für Kernkraftwerke werden jährlich auf LKWs durch unsere Stadt geführt. Allein einer dieser Transporte im Mai 2013 enthielt laut der Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ 200 Kilogramm Plutonium, was reichen würde, um 25 Atombomben von der Stärke derer zu bauen, die 1945 von den USA auf Nagasaki abgeworfen wurde. DIE LINKE fordert deshalb das sofortige Verbot von Transporten von radioaktivem Material zu Wasser und zu Land.



Kindern eine Zukunft geben!

Kindern eine Zukunft geben!

In keinem Land der EU ist die soziale Herkunft des Kindes so entscheidend für seine Entwicklung, für seinen Zugang zur Bildung und für seine Zukunftsaussichten wie in Deutschland. 60.000 Hamburger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre gelten als arm.

Im Bezirk Altona beziehen 7500 Kinder und Jugendliche Sozialleistungen zur Sicherstellung der laufenden Lebensführung. Vergleicht man die Anteile der Kinder und Jugendlichen, die von staatlichen Hilfeleistungen abhängig sind, mit dem Rest der gleichaltrigen Bevölkerung, wird die gravierende soziale Spaltung in Arm und Reich im Bezirk Altona sehr deutlich. So beziehen in Othmarschen 0,5% der Kinder und Jugendlichen Sozialleistungen. In Lurup sind es gleich 36,2%.

DIE LINKE Altona tritt für eine gebührenfreie Bildung und Betreuung vom ersten Lebensjahr an ein, damit sozial benachteiligte Kinder eine gleichermaßen gute Lebensperspektive erhalten und Chancengleichheit wirksam bekämpft wird.

Bessere Ausstattung von Kitas und Krippen

Gute Kindertageseinrichtungen sind eine wichtige Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Doch es hapert an der Betreuungsqualität. 80.000 Kinder vom ersten bis zum elften Lebensjahr werden in 1000 Hamburger bzw. in 210 Altonaer Tageseinrichtungen gefördert und versorgt. Gerade einmal ein Drittel der Erzieher/innen gingen im letzten Jahr einer Vollzeitbeschäftigung nach. Die übrigen hangeln sich mit einer weiteren Teilzeitarbeitsstelle und mit Honorarjobs durch ihr Arbeitsleben. Das kostet Energie und kommt nicht den Kindern zugute, die auf ein tragfähiges Vertrauensverhältnis und eine belastbare Beziehung angewiesen sind. Auch der Betreuungsschlüssel ist zu hoch angesetzt.

Eine pädagogische Fachkraft kümmert sich im Elementarbereich um durchschnittlich zwölf Kinder zwischen drei und sechs Jahren, in den Krippen sind es real sieben bis neun

Kinder. DIE LINKE Altona fordert, den Betreuungsschlüssel zugunsten einer guten kindlichen Entwicklung auf höchstens 1:8 im Elementarbereich und auf 1:3 in der Krippe zu senken. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben in der Arbeit mit Kindern nichts zu suchen. Die Gehälter müssen steigen, damit Erzieher/innen von ihrer Arbeit leben können. Eine gute Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft der Kinder. Deshalb müssen Kindertageseinrichtungen finanziell wie personell besser ausgestattet werden, insbesondere in Stadtteilen, in denen überdurchschnittlich viele Familien von Armut betroffen sind.

Für Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstverwaltung

DIE LINKE Altona setzt sich weitergehend dafür ein, die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erwachsenen an der Jugendhilfeplanung grundlegend auszuweiten. Sie sollten in ihren Quartieren gemeinsam mit Einrichtungen und Institutionen entscheiden, was, wie und warum unterhalten oder neu geschaffen werden soll. Diesbezüglich sollten sie über ein Budget verfügen, das sie selbst rechenschaftspflichtig verwalten.

Kinder und Jugendliche brauchen Raum für ihre Bedürfnisse. Sie wollen selbst gestalten und selbst entscheiden können. Sie sollen es verbindlich tun können und deshalb sollen sie auch die Möglichkeit erhalten, ihre Räume selbst zu verwalten. Das schließt auch die Verwaltung eines Etats ein.

Ausbauen, nicht kürzen!

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Familienförderung sind wichtige Säulen der Jugendhilfe. Viele Zehntausend Kinder und Jugendliche nutzen landesweit die Angebote und Projekte der Abenteuer- und Bauspielplätze, der Kinder- und Familienzentren, der Jugendzentren, der Kinder- und Jugendclubs, der Beratungsstellen und anderer Einrichtungen nach der Schule, an Wochenenden oder im Rahmen der Nach-

mittagsbetreuung in Schulen. In beiden Bereichen nahm der Senat für 2013 und 2014 erhebliche finanzielle Kürzungen vor. Bei den Rahmenezuweisungen erhielten die Bezirke 10,24% weniger Mittel! Einige Hamburger Einrichtungen wurden daraufhin geschlossen. Die Bezirksverwaltungen und -versammlungen konnten vorübergehend in einer Reihe von Fällen Schließungen verhindern.

Die Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie bei der Familienförderung müssen umgehend zurückgenommen werden!

Keine Einrichtung sollte weniger als zwei pädagogische Vollzeitstellen haben! Wir fordern den Ausbau der OKJA mit einer verbesserten materiellen und personellen Förderung. Viele Personalstellen, Projekte und Einrichtungen wurden in Sozialräumliche Hilfen und Angebote umgeschichtet. Wir setzen uns für eine Evaluation dieses Bereichs durch unabhängige Gutachter ein, um Erfolg und Nutzen bewerten zu können. Eine Reihe von Einrichtungen bieten Schulkindern Mittagsmahlzeiten an, die allerdings unterfinanziert sind. Hier muss ebenso nachgebessert werden wie bei den Honoraren für die Angebote in den Schulen im Rahmen der Nachmittagsbetreuung.

Der Senat verweigerte wiederholt den pädagogischen Fachkräften in der Familienförderung und in der OKJA die Auszahlung der Tariflohnsteigerungen.

DIE LINKE Altona fordert den Senat auf, endlich entsprechend den tariflich vereinbarten Gehaltsanpassungen Mittel für die Rahmenezuweisungen bereitzustellen.

Fallobergrenzen (Betreuungsschlüssel) im bezirklichen Sozialdienst festlegen

Nach wie vor sind die Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) des Bezirksjugendamtes stark (über)belastet. Im Bezirk Altona lagen dem ASD im Jahr 2012 1.000 Ver-

dachtsmeldungen auf Kindeswohlgefährdung vor, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 40%! Diesen Meldungen mussten die ASD-Fachkräfte ebenso nachgehen. Gleichzeitig mussten sie zahlreiche ältere bzw. laufende Fälle weiter betreuen.

DIE LINKE Altona verlangt eine Einführung von Fallobergrenzen. Laufen mehr Fälle auf, muss mehr Fachpersonal eingestellt werden. Denn die Arbeit im Interesse des Kindeswohls ist komplex und erfordert viel Zeit. Die Obergrenze sollte bei maximal 35 Fällen liegen. Die Bezirksverwaltungen und die Bezirksversammlungen müssen auch hier eine größere Entscheidungskompetenz erhalten. Wir fordern, weitere Erziehungsberatungsstellen und Kinder- und Familienzentren in kommunaler und freier Trägerschaft einzurichten.

Keine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen

In einem geschlossenen Heim der Haasenburg GmbH in Brandenburg wurden Kinder und Jugendliche methodisch und systematisch drangsaliert, über viele Wochen voneinander isoliert, mit Gewalt auf Liegen und Böden fixiert und gequält. Darunter waren auch 15 Hamburger Kinder und Jugendliche, die als besonders verhaltensauffällig galten und dorthin verbracht wurden. Zahlreiche Dokumente und Zeugenaussagen belegten diese Praxis. Inzwischen wurde auf Betreiben der LINKEN in Brandenburg das Heim geschlossen und dem Träger der Betrieb von Heimen in Brandenburg untersagt. Der Senat überlegt nun, in Hamburg erneut eine geschlossene Unterbringung zu schaffen, obwohl zahlreiche Untersuchungen und ExpertInnen belegen, dass solche Einrichtungen nichts Positives bewirken, im Gegenteil. Zwang erzeugt nur mehr Widerstand. Zwang ist nicht die Basis einer stabilen und zugewandten Beziehung. Daraus wächst keine Bindung und der erzieherische Einfluss reduziert sich auf die Aufrechterhaltung des Gewahrsams im Heim. Deshalb lehnt DIE LINKE Altona jegliche Form einer geschlossenen Unterbringung ab

und fordert alternative Konzepte für den Umgang mit schwierigen Jugendlichen.

Nachsteuerungspaket für Ganztagschulen

Der Ganztagsbetrieb wurde nunmehr für 200 Grundschulen eingeführt, doch die Beschwerden über die vielen Unzulänglichkeiten und Qualitätsmängel reißen nicht ab. Alle Betroffenen, Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen wie sonstige pädagogische Fachkräfte, sind ernsthaft verärgert. Es fehlt an Räumlichkeiten und qualifiziertem Personal, der Betreuungsschlüssel wurde erhöht, das Essen ist oft schlecht, die Essenssätze wurden gesenkt, der Kantinenneubau wird auf Catering begrenzt, das Betreuungspersonal im Nachmittagsbereich fluktuiert aufgrund der schlechten Entlohnung und Arbeitsbedingungen stark und die Förderpauschalen der Inklusionskinder wurden gekürzt.

Die Inklusion wird in der Hauptsache von Förderschulen, Stadtteilschulen und in Grundschulen geleistet, kaum aber von Gymnasien. Zurzeit haben rund 13.000 SchülerInnen einen sonderpädagogischen Förderbedarf, von denen gut 60% eine Regelschule besuchen. Die Stadtteilschulleiter ermittelten in ihrer Prognose für das kommende Schuljahr eine Quote von 15,8% der künftigen FünftklässlerInnen, die besonders gefördert werden müssen. Die finanziellen Mittelzuweisungen beziehen sich jedoch auf einen Anteil von gerade einmal knapp 8%! Die Inklusion von besonders zu fördernden Kindern erfordert eine qualitativ hohe und aufwendige pädagogische Arbeit mit genügend Fachkräften und mit angemessenen Rahmenbedingungen. Ansonsten wäre sie zum Scheitern verurteilt. An den Grundschulen und an den Stadtteilschulen fehlen jedoch der GEW zufolge rund 550 Stellen!

Nach wie vor gibt es ein Zweiklassenabitur. GymnasialschülerInnen schneiden meist besser ab als SchülerInnen von Stadtteilschulen, was vor allem an den unterschiedlichen Rahmenbedingungen hängt, an deren Angleichung der Senat

nur höchst zögerlich herangeht. DIE LINKE setzt sich ein für ein Nachsteuerungspaket für alle GBS-Standorte in den genannten Bereichen. SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und Träger der Nachmittagsbetreuung sollten daran verbindlich mitarbeiten und mitentscheiden.

Der Senat schließt Schulen und verkauft Schulgrundstücke, weil er kurzfristig Geld generieren möchte. Sie stehen somit für die Unterrichtung der Schulkinder nicht mehr zur Verfügung. An anderen Schulstandorten werden gleichzeitig SchülerInnen in eigens dafür aufgestellten Containern unterrichtet. Alle bürgerlichen Parteien konnten sich bundespolitisch nicht dazu durchringen, die Reichen steuerlich stärker zu belasten. Stattdessen wird versucht, das fehlende Geld mit Kürzungen und Streichungen zu kompensieren. Dabei erweist sich die Einrichtung des Landesbetriebs „Schulbau-Hamburg“, die seit 2010 Schulimmobilien über das „Sondervermögen Schulbau“ bewirtschaftet und Schulbauten betreiben soll, als Rohrkipper. Der Bau und der Betrieb von Schulen muss in kommunaler Hand bleiben und nicht einer Gesellschaft übergeben werden, die den Fokus allein auf Betriebswirtschaftlichkeit gerichtet hat. Kinder und Jugendliche brauchen für einen guten Unterricht und für das Lernen mit Freude gute Rahmenbedingungen. Dafür muss die Gesellschaft mehr und nicht weniger Kosten aufwenden.



Frauen

Trotz langjähriger und teilweise erfolgreicher Kämpfe um Frauenrechte findet eine Gleichstellung von Männern und Frauen noch längst nicht statt. Frauen erhalten für ihre Arbeit durchschnittlich 22% weniger Lohn/Gehalt als ihre männlichen Kollegen. In verantwortungsvollen Positionen sind sie in der Minderheit. Sie stellen den größten Teil der Alleinerziehenden und sie sind aufgrund von Mutterschaft, Kinderbetreuungszeiten, prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen am meisten von Altersarmut bedroht. In vielen Familien tragen sie neben der Lohnarbeit noch immer auch den Hauptteil der Hausarbeit und der Kinderbetreuung, was zu einer Mehrfachbelastung führt. Viele Frauen, besonders Alleinerziehende, die ihre Kinder zu Hause betreuen, sind häufig sehr isoliert und mit ihrer Situation überfordert. Sie benötigen dringend mehr Unterstützung. Frauen sind sehr viel häufiger von häuslicher Gewalt betroffen. Fast jede Frau hat in ihrem Leben Erfahrungen mit frauenfeindlichen und sexistischen Äußerungen als auch mit sexuellen Belästigungen machen müssen. Im Jahr 2012 fanden jeden Tag bis zu 7 schwere sexuelle Übergriffe (Vergewaltigungen, Vergewaltigungsversuche, sexuelle Nötigungen) in Hamburg statt. Dabei ist die Dunkelziffer sehr hoch, da viele Frauen sich verständlicherweise scheuen, diese Straftaten zur Anzeige zu bringen, aus Angst, auf der Polizeiwache oder im Gerichtssaal unwürdig (ohne Rücksicht auf ihre Traumatisierung) behandelt zu werden. 2011 bezahlten hierzulande 313 Frauen die Gewalt an ihnen mit dem Leben. Bei 154 der Getöteten wurden ihre Ehemänner, Freunde oder Ex-Partner dringend verdächtigt, sie umgebracht zu haben.

Von der problematischen Situation der Frauen sind Migrantinnen aufgrund ihres anderen kulturellen Hintergrunds und eventueller Sprachschwierigkeiten besonders betroffen.

Wohnungslose Frauen müssen zusätzlich fürchten, auf der Straße als „Freiwild“ angesehen zu werden.

DIE LINKE Altona fordert deshalb:

- Es muss in Altona eine Gleichstellungsbeauftragte geben
- Der zuständige bezirkliche Ausschuss SASIG (Soziales, Arbeit, Senioren, Integration und Gleichstellung) muss sich vermehrt den oben beschriebenen Themen und Problemen annehmen
- In den Bezirksvertretungen soll auf die Geschlechterquote geachtet werden
- Bezirkliche Frauen-, Mädchen-, Mütter-, Lesbeninitiativen/Projekte, Beratungsstellen und Elternschulen müssen ausgebaut und finanziell von der Stadt Hamburg besser ausgestattet werden
- Unterstützung von selbstverwalteten Strukturen für Frauen auch durch ein eigenes Budget
- Wir setzen uns für die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein (AGH, E16, Ein-Euro-Jobs) und fordern, stattdessen die Stellen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu besetzen. Jede Arbeit muss gut bezahlt werden (mindestens mit einem Stundenlohn von inzwischen 12 Euro)
- Entsprechend müssen die Projekte/Initiativen finanziell ausgestattet werden
- Die Erweiterung von Unterstützung für Familien durch Hebammen und frühe Hilfen ist dringend erforderlich
- Für wohnungslose Frauen muss es in Altona ein Wohnprojekt und ein Tagestreff geben



Umwelt

DIE LINKE will den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft auch in Altona, d.h. den durch das kapitalistische Wirtschaften (=Profit geht vor Nachhaltigkeit, Umwelt- und Gesundheitsschutz) entstandenen Schäden, einen wirksamen Umwelt-, Klima-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz entgegenzusetzen. Die Kosten dürfen aber nicht auf die Bevölkerung abgewälzt, sondern sollen von den Verursachern getragen werden! Da aber sofort gehandelt werden muss, müssen die Behörden häufig in Vorleistung treten.

Lärm

Dauerhafter Lärm setzt Stressreaktionen in Gang und macht krank und aggressiv. Besonders in dichtbesiedelten Gebieten müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den Lärm zu reduzieren (z.B. entsprechende Verordnungen, Messungen, Verkehrsberuhigung, Baulärmreduzierungen etc.).

Luftverschmutzung

Menschen benötigen saubere Luft zum Atmen: Autoverkehr, Schifffahrt, Betriebe und Kraftwerke verschmutzen unsere Luft: Feinstäube, Rußpartikel, Stickoxide, Schwefeloxide, Schwermetalle, Sedimente, CO, CO₂ usw. sind Stoffe, die unsere Gesundheit stark belasten. Hautreaktionen (Neurodermitis, Allergien) und Entzündungen der Atemwege (Asthma, chronische Bronchitis), Belastung des Herz-Kreislaufsystems bis hin zu Krebserkrankungen sind die Folgen. Die empfindlichen kleinen Körper von Kindern sind da besonders betroffen. Hier muss entschieden gehandelt werden.

DIE LINKE Altona fordert

- die Herabsetzung der Grenzwerte
- die Verschärfung der Auflagen und die Verstärkung der Kontrollen, um Emissionen drastisch zu reduzieren (siehe auch den verkehrspolitischen Teil)

Allein durch motorengetriebene Schiffe auf der Elbe, die meist mit billigem und besonders umweltschädlichen Schwer-

öl fahren und in den wenigsten Fällen über geeignete Abgasfilter verfügen, entsteht eine extreme Luftverschmutzung. Laut NABU verursacht allein ein Kreuzfahrtschiff so viele Emissionen wie fünf Millionen PKWs.

- Eine erste Maßnahme ist daher die Landverstromung der Kreuzfahrtschiffe, die von uns unterstützt wird.
- DIE LINKE fordert Abgasfilter für alle Schiffe und die Verwendung von umweltfreundlicheren Treibstoffen und Antriebssystemen.
- DIE LINKE unterstützt die Bürgerinitiative in Wedel gegen das Gas- und Dampfturbinengroßkraftwerk und setzt stattdessen auf ein dezentrales Netz von kleinen und regional betriebenen Kraftwerken, die erneuerbare Energie erzeugen.
- Auf geeigneten Gebäuden sollten Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen angebracht werden.
- Energieeffiziente Gebäudesanierungen sollten so bezuschusst werden, dass sie nicht zu Mieterhöhungen führen. Natürlich muss dabei der Brandschutz berücksichtigt werden.

Bäume

Gerade ist am Goetheplatz die schöne alte Roteiche abgeholzt worden. Bäume sind die Lungen einer Stadt. Sie nehmen das schädliche CO₂ auf und geben Sauerstoff wieder ab. Je mehr Bäume verschwinden, desto schlechter wird auch die Luft. Grün gehört ins Stadtbild, es beruhigt erwiesenermaßen die Menschen. Parks, Grünflächen, schattenspendende Bäume auf Plätzen sind wichtige Naherholungsgebiete, sie sind ein Teil der Wohn- und Lebensqualität in einem Stadtteil. DIE LINKE fordert den Erhalt und die Erweiterung von Grünflächen und die Neupflanzung von Bäumen. Schluss mit dem Abholzen alter Bäume.



**Für ein
soziales Altona**

Für ein soziales Altona

Welch unselige Folgen die Privatisierung von sozialen Einrichtungen für die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer, aber auch für das Personal hat, wird in Altona gerade wieder einmal am Pflege- und Seniorenzentrum Lutherpark in Bahrenfeld deutlich. 2007 wurde aus der staatlichen Einrichtung Fördern & Wohnen der Bereich Pflegen & Wohnen herausgenommen und an einen privaten Berliner Konzern verkauft. Lediglich der Bereich der Flüchtlings- und der Wohnungslosenunterbringung blieb in der weiterhin der Sozialbehörde unterstehenden Anstalt öffentlichen Rechts Fördern & Wohnen. Die 17 Seniorenzentren mit angeschlossener Pflege- und Demenz-Betreuung wurden mitsamt den Grundstücken der Pflegen & Wohnen GmbH überschrieben, allerdings mit einer Verpflichtungsklausel, die Standorte mindestens 20 Jahre lang aufrecht zu erhalten und weiter zu betreiben. Dessen ungeachtet hat Pflegen & Wohnen im Februar 2014 mit Fördern & Wohnen einen Vertrag geschlossen, wonach das Senioren- und Pflegezentrum in Bahrenfeld aufgelöst und die Räumlichkeiten für 10 Jahre an die Sozialbehörde zur Flüchtlingsunterbringung vermietet werden sollen. Dahinter steht ein leicht zu durchschauendes Spekulationsinteresse. Denn nach zehn Jahren wird der Autobahndeckel in unmittelbarer Nähe des Seniorenzentrums errichtet und das Grundstück Gold wert sein. Entweder werden dort ein Luxus-Seniorensitz für Reiche à la Augustinum gebaut oder die Flächen werden verkauft für die Errichtung von Luxus-Stadthäusern wie auf dem Gelände des ehemaligen Schwesternheims neben dem ebenfalls privatisierten Altonaer Krankenhaus. Für die ca. 160 Bewohnerinnen und Bewohner des Seniorenzentrums Lutherpark, deren älteste 104 Jahre alt ist, bedeutet dies nicht nur, dass sie aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen und einzeln irgendwo im Hamburger Stadtgebiet umverteilt werden, sondern auch, dass die meistens zum großen Teil von den Familienangehörigen aufzubringenden Unterbringungskosten um bis zu 500 Euro monatlich steigen. Gleichzeitig erschweren sich die

Besuchsmöglichkeiten für Freunde und Angehörige erheblich, da sich die angebotenen alternativen Heimplätze nicht in Altona befinden, sondern überwiegend in Farmsen und ähnlich weit abgelegenen Standorten. Das alles betrifft natürlich auch das Personal, dessen Arbeitsbedingungen sich im Zuge der Privatisierung ohnehin stark verschlechtert hatten. Zu wenig Personal bei zu geringen Pflegezeitaufwendungen für die zu Betreuenden waren und sind auch aus öffentlichen Einrichtungen oder im häuslichen Pflegedienst bekannt, verschärfen sich aber in Einrichtungen, deren Ziel es ist, eine Rendite zu erwirtschaften, natürlich noch mehr. Oft wird die häusliche Pflege durch den Einsatz von zwangsverpflichteten Arbeitsgelegenheiten (sog. Ein-Euro-Jobbern) ersetzt. Dies halten wir für nicht hinnehmbar, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zum einen fordert DIE LINKE neben der Einhaltung des Mindestlohnes die Schaffung sozialpflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, wie es vor der Hartz-IV-Ära bei ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) der Fall war, wo die Beschäftigten renten-, kranken- und arbeitslosenversichert waren. Des Weiteren wollen wir, dass die häusliche Pflege und Betreuung teilweise hilfloser Personen nur von qualifizierten Pflegekräften wahrgenommen wird, und nicht von mit Sanktionen bedrohten Langzeitarbeitslosen, die keinerlei Ausbildung oder Erfahrung in diesem Bereich haben. Wichtige soziale Einrichtungen, die unbedingt aufrecht erhalten und ausgebaut werden müssen, sind Seniorentreffs, öffentliche und selbstverwaltete Jugendzentren, Beratungsstellen wie das Flaks für Frauen und natürlich soziokulturelle Stadtteileinrichtungen wie der Bürgertreff Altona-Nord in der Gefionstraße, das Bürgerhaus Osdorf, die Motte, das Haus 3, die GWA St. Pauli und das Stadtteilzentrum Lurup mit ihren vielfältigen Freizeit- und Bildungsangeboten vom Töpfer- bis zum Computerkurs, vom Mitternachtsboxen bis zum Chor und Tangotreff, von der technischen Werkstatt bis zur Doppelkopfrunde.



Kultur in Altona

Seit die Stadt Hamburg wie ein Konzern unter Vorrang des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses geführt wird, ist Kultur nur noch im Rahmen sich wirtschaftlich selbst tragender Groß-Events wie dem Hafengeburtstag oder dem Alstervergnügen gefragt. Leider ist die altonale, anders als frühere Stadtteilfeste, die von Initiativen und stadtteilbezogener internationaler Kleinkunst sowie von AnwohnerInnen organisierten Ständen geprägt waren, von Anfang an mehr und mehr in den Sog dieser Event-Gestaltung unter kommerziellen Vorzeichen geraten und gleicht sich diesen mit ihren Sponsoren im Hintergrund immer mehr an. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann sie in Anlehnung an die Vattenfall-Lesetage zur Carlsberg- oder ECE-altonale mutiert.

Was die staatliche Förderung anbelangt, so kann man aus den Zahlen unschwer die Wertigkeit ablesen. Während die drei großen Renommier-Theater (Staatsoper, Schauspielhaus und Thalia) jährlich mit ca. 84 Mio. Euro gefördert werden, stehen den vier Altonaer Stadtteilkulturzentren (Motte, Haus 3, GWA St.Pauli, Boeverstland Lurup) gerade einmal eine Million Euro zur Verfügung. Für die Errichtung der Elbphilharmonie hat der Senat inzwischen 789 Millionen Euro bewilligt. Ein Ende ist nicht absehbar.

Nun haben sich in Altona trotz der geringen Fördermittel immer wieder kulturelle Einrichtungen etabliert, die von Künstler- und Quartiersinitiativen erkämpft oder in ihrem Bestand durch eine breite BürgerInnenbeteiligung gerettet wurden. Neben den genannten Stadtteilkulturzentren gilt dies für sehr unterschiedliche Projekte. Jüngstes Beispiel ist die Viktoria-Kaserne mit der KünstlerInnen-Initiative Frappant e.V., die sich in der IKEA-Vorgänger-Ruine, dem Frappant in der Großen Bergstraße, gebildet hatte und nun einen dauerhaften Standort in der ehemaligen kaiserlichen Kaserne und dem späteren Altonaer Polizeipräsidium durchgesetzt hat. Weitere Beispiele sind das autonome Kulturzentrum Rote Flora im Schulterblatt oder – sehr viel weniger spektakulär – das Studio-Kino in der Bernstorffstraße oder die Zeise-

Kinos, die Werkstatt 3 und die Fabrik, die Zirkusprojekte Abraxkadabrax und Mignon, das Altonaer Stadtarchiv und die Ottenser Geschichtswerkstatt, die Frauen-Freiluftgalerie und das Frauenmusikzentrum. Aber auch das Altonaer Museum und das Altonaer Theater würde es ohne das ehrenamtliche Engagement von Freundes- und Förderkreisen sowie den oft unentgeltlichen oder nur weit unterbezahlten Einsatz der KünstlerInnen schon längst nicht mehr geben.

Die Linke versucht, derartige Initiativen und Projekte zu unterstützen und Fördermittel für sie einzuwerben und einzufordern.

Außerdem beteiligen wir uns an nichtkommerziellen Straßenfesten wie z.B. im Park vor dem Haus 3, auf dem Kemal-Altun-Platz, in Lurup oder Osdorf. Beim Schanzenfest, wo Parteien nicht so gerne gesehen sind, versuchen wir, uns auf der politischen Ebene für die Realisierungsmöglichkeit einzusetzen.

Kultur muss – zumindest auch – von unten kommen. Andernfalls verkommt sie zur Ware und verliert ihren Charakter.

Zu Themen wie Frieden und Antifaschismus, die nicht spezifisch bezirksbezogen sind, die aber zu unseren Grundanliegen gehören, verweisen wir auf das hamburgweite Bezirksrahmenprogramm, welches auf der Internetseite des Bezirksverbandes Altona unter www.die-linke-altona.de einzusehen ist sowie auf die aktuelle Sonderausgabe der ALiNa (Altonaer Linke Nachrichten), Mitgliederzeitschrift des Bezirksverbandes:



Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gleiche Rechte für alle Menschen!

Stopp der Kürzungspolitik – für mehr Demokratie und Bürger_innenbeteiligung in den Hamburger Bezirken

In Hamburg sind die Folgen der Schuldenbremse jeden Tag stärker festzustellen. Vor allem die damit verbundene Kürzungspolitik in den Bezirken zeigt inzwischen ihre zerstörerische Kraft gerade im sozialen Bereich. DIE LINKE steht in grundsätzlicher Opposition zur Kürzungspolitik und der Privatisierung gesellschaftlicher Einrichtungen: im EU-Parlament, im Bundestag, in der Bürgerschaft, in den Bezirksversammlungen und auch außerparlamentarisch.

Die Lebenssituation vieler Menschen in Hamburg ist durch die Kürzungspolitik unerträglich geworden. Das steht im krassen Gegensatz zur Tatsache, dass 42.000 Millionär_innen hier ihren Wohnsitz haben. Wer auch dank der guten Infrastruktur Vermögen anhäufen konnte, muss entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung von Infrastruktur und gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden. Das Geld, um die Bezirke auskömmlich und bedarfsgerecht zu finanzieren, ist auch in Hamburg vorhanden. Es muss nur über die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und eine gerechte Steuerpolitik in die öffentlichen Kassen und zur Bevölkerung umgeleitet werden. So wollen wir die Steuerreformen direkt (z.B. durch eine Reform der Einkommensteuer, Anhebung der Körperschaftsteuer und eine Millionärsteuer) und indirekt durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine Politik für Vollbeschäftigung stärken. DIE LINKE lehnt die Kürzungspolitik, die den Reichen, Vermögenden und Konzernen niedrige Steuern sichert, ab. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der hamburgischen Verfassung ein.

Der SPD-Senat wälzt die Entscheidungen zur Umsetzung seiner unsocialen Politik auf die Bezirke ab. Diese Kürzungen treffen genau die Menschen, die bereits strukturell benachteiligt sind und von denen seitens des SPD-Senates wenig Widerstand erwartet wird.

Bezirkspolitik in Hamburg ist auch darüber hinaus mit vielen Einschränkungen belegt. Man steht vor einem immensen Berg von Problemen - Wandsbek hat so viele Einwohner_innen wie Island, Altona so viele wie Kiel. Beide haben aber weniger Rechte als eine kleine Gemeinde wie Glinde. Dort stellt die Aufnahme von Lampedusa-Flüchtlingen kein Problem dar, während in Hamburg der Senat auf allem und jedem den Daumen drauf hat und den Bezirken durch Anweisungen oder Evokation

Impressum:

DIE LINKE. Bezirksverband Altona
V.i.S.d.P. Beate Reiss und Volker Vödisch
Am Felde 2
22765 Hamburg

www.die-linke-altona.de
info@die-linke-altona.de

Gestaltung: Karin Desmarowitz | www.karindesmarowitz.de

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA